



Leitfaden

KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel



Weiterführende Informationen zum
KOMmunaProgrAmmSicherheitsSiegel finden Sie unter
www.kompass.hessen.de

Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611/353-2133
kompass@innen.hessen.de
www.innen.hessen.de
www.kompass.hessen.de





Inhalt

Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe	4
I. Was ist KOMPASS?	6
II. Wie kann eine Kommune an KOMPASS teilnehmen?	7
III. Verleihung des Sicherheitssiegels	9
IV. KOMPASSpartner	11
V. KOMPASSregion	12
VI. Angebote der Polizei (Auswahl)	13
VII. Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen	17
a. Maintal	18
b. Gudensberg	23
c. Fulda	27
VIII. KOMPASS-Beraterinnen und Berater	31

Sicherheit ist eine gemeinsame Aufgabe



Liebe kommunale Vertreterinnen und
Vertreter der Städte und Gemeinden
in Hessen,

unsere gemeinsame Aufgabe ist es, dass sich
die Bürgerinnen und Bürger in unserem
Land so sicher wie möglich fühlen und so
sicher wie möglich sind.

Daher freue ich mich, dass die seit Ende
2017 auf den Weg gebrachte Sicherheitsinitiative
KOMPASS (KOMmunalProgramm-
AmmSicherheitsSiegel) weiterhin große
Nachfrage erlebt.

So nehmen bereits 169 Städte und Gemeinden
an KOMPASS teil. Diese Kommunen nutzen
das Angebot des Hessischen Innenministeriums,
eine nachhaltig ausgerichtete
Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit
zwischen ihren Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei aufzubauen, um so individuelle
Sicherheitslösungen in ihrer Stadt
oder Gemeinde umzusetzen.

Die engagierte Beschäftigung so vieler Kommunen mit der eigenen Sicherheitslage vor
Ort zeigt, dass diese gute Zusammenarbeit
zwischen Land und Kommunen einen echten
Mehrwert bietet. Mit der Sicherheitsinitiative
gelingt es, dass unsere Städte und Gemeinden
Sicherheitsthemen selbstständiger
angehen und individuelle Lösungen für Pro-
bleme vor Ort entwickeln können. Wir brin-
gen seither Kommunen, Polizei und Bürger



sowie weitere gesellschaftliche Akteure an einen Tisch, damit unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen passgenaue Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls vor Ort erfolgen können.

KOMPASS fügt sich damit thematisch mit dem vor drei Jahren ins Leben gerufene Präventionsprogramm „Gemeinsam Sicher in Hessen“ hervorragend ein. Unser Anspruch ist es, den Bürgerinnen und Bürgern in den verschiedenen Lebensphasen und Bereichen als zuverlässiger Sicherheitspartner mit maßgeschneiderten Angeboten zur Seite zu stehen. Denn Innere Sicherheit hat in Hessen höchste Priorität.

Über 50 KOMPASS-Kommunen wurden bereits für das gezeigte Engagement im Bereich der kommunalen Präventionsarbeit zur Stärkung des Sicherheitsgefühls mit dem KOMPASS-Sicherheitssiegel ausgezeichnet. Mit KOMPASSbahnhof gibt es einen neuen Baustein in dem Präventionsprogramm. Für das Pilotprojekt wurden Bahnhöfe in Rüsselsheim, Hofgeismar, Fulda, Hofheim am Taunus, Maintal und Neustadt (Hessen) ausgewählt. Bürgerbefragungen zum Sicherheitsempfinden im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS haben gezeigt, dass Bahnhöfe und ihr näheres Umfeld von den Bürgerinnen und Bürgern oft als „unsichere Orte / Angsträume“ wahrgenommen werden. Darauf wollen wir mit KOMPASSbahnhof reagieren. Neben kom-

munalen Entscheidungsträgern und der jeweils zuständigen hessischen Polizei werden auch die Deutsche Bahn AG und die Bundespolizei vertraglich zusammengebracht.

Noch in diesem Jahr ist die hessenweite Ausflächung von KOMPASSbahnhof an alle KOMPASS-Kommunen mit Bahnhöfen und unmittelbar angrenzenden Busbahnhöfen vorgesehen.

Ich begrüße es sehr, wenn sich weitere Städte und Gemeinden dazu entschließen, in unsere kommunale Sicherheitsinitiative KOMPASS beizutreten, um mit Unterstützung der hessischen Polizei das Sicherheitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Dieser Leitfaden enthält alle relevanten Informationen zu KOMPASS. Darüber hinaus stehen Ihnen die Polizeipräsidien mit ihren KOMPASS-Beraterinnen und -Beratern jederzeit gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung.“

Prof. Dr. Roman Poseck

I. Was ist **KOMPASS**?

Das KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel KOMPASS ist ein Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden in Hessen und zielt auf eine nachhaltig ausgerichtete Verzahnung und noch engere Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Polizei und Kommune ab.

Die Polizei Hessen bietet an, gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern, die spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse, also auch die Sorgen und Ängste der Bevölkerung zu erheben, zu analysieren und gemeinsam ein passgenaues Lösungsangebot zu entwickeln.

Es ist dabei von grundlegender Bedeutung, dass alle kommunalen Akteure an einem Tisch zusammenkommen. Dazu gehören nicht nur die Polizei und die örtlichen Ordnungsbehörden, sondern ebenso kommunale Dienstleister oder Unternehmen, wie beispielsweise die Stadtwerke, die Entsorgungsbetriebe, die Feuerwehr,

der öffentliche Personen- und Nahverkehr, aber auch Kirchen, Industrie, Handel, Handwerk, Schulen und Vereine.

Sie alle bringen ihre Einschätzung zur Situation, aber auch ihr Fachwissen, ihr „Know-how“ und ihre Ressourcen ein.

Die Initiative KOMPASS wurde Anfang Dezember 2017 in den Modellgemeinden Bad Homburg, Schwalbach am Taunus, Hanau und Maintal als Pilot eingeführt. Dabei hatte sich schnell herausgestellt, dass eine noch engere Vernetzung und der damit verbundene gemeinschaftliche Wille, die Sicherheit vor Ort zu verbessern, Früchte trägt. Aufgrund der guten Ergebnisse in den vier Modellregionen beschloss der damalige Hessische Innenminister Peter Beuth, das Programm KOMPASS künftig allen hessischen Städten und Gemeinden zugänglich zu machen. Mittlerweile erhielten bereits 52 Kommunen in Hessen das Sicherheitssiegel für ihr geleistetes Engagement in der Prävention. (Stand Dezember 2025)



VERTRAUENSVOLLE
ZUSAMMENARBEIT

II. Wie kann eine Kommune an **KOMPASS** teilnehmen?



Falls Sie vorab weiterführende Informationen zur Sicherheitsinitiative KOMPASS und dem Ablauf benötigen, stehen Ihnen die Beraterinnen und Berater der Polizeipräsidien gerne auch im persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Folgende Schritte sind bis zur Verleihung des KOMPASS-Sicherheitssiegels seitens der Städte und Gemeinden notwendig:

1. Was muss die Kommune zuerst tun?

Die Kommune reicht eine formlose Bewerbung bei dem für die Stadt oder Gemeinde zuständigen Polizeipräsidium ein.

sowie des jeweiligen Polizeipräsidenten oder der Präsidentin treffen sich die Verantwortlichen zu einem ersten Auftaktgespräch, das folgende Punkte zum Inhalt hat:

2. Welche Mindestvoraussetzungen müssen erfüllt sein, um KOMPASS-Kommune zu werden?

- Benennung eines festen Ansprechpartners (möglichst im Hauptamt)
- Erklärung des Magistrats / Gemeindevorstands über die Teilnahme und aktiven Mitwirkung der Kommune
- Eigene Präventionsbeiträge unter Federführung/Verantwortung der Kommune

- Beratung zur Bildung eines Präventionsrates (sofern noch nicht vorhanden)
- Bildung eines Arbeitsgremiums unter Federführung des kommunalen KOMPASS-Ansprechpartners
- Planung und Vorbereitung der 1. Kommunalen Sicherheitskonferenz
- Planung der Bürgerbefragung

3. Wie geht es nach der Aufnahme der Stadt oder Gemeinde in das Programm weiter?

Sicherheit ist „Chefsache“. Unter Beteiligung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin

4. Was passiert bei der 1. Kommunalen Sicherheitskonferenz?

Die Kommune ist Ausrichterin der Sicherheitskonferenz. Bereits mit der Einladung erhalten die kommunalen Akteure eine Auswahl an Fragen. Damit können sich diese innerhalb ihres Vereins, ihrer Vertretung oder ihrer Institution auf die Sicherheitskonferenz vorbereiten, erste Pro-

blemfelder ausmachen und diese in die Konferenz einbringen.

Mögliche Zusammensetzung: Mitglieder des Präventionsrats, Vertreter aller Behörden, Institutionen, Vereine, Dienstleister, IHK, Handwerkskammer, Schülervertretung, Seniorenvertretung sowie weitere Akteure des kommunalen Lebens.

Bei der Sicherheitskonferenz stellt die Polizeipräsidentin/der Polizeipräsident oder die Leitung der Polizeidirektion die Initiative KOMPASS vor und gibt einen Abriss über die Sicherheitslage der Kommune. Neben der Vernetzung und dem Kennenlernen der verschiedenen kommunalen Akteure steht die Erarbeitung von Orten, an denen das Sicherheitsgefühl beeinträchtigt ist, im Vordergrund. Idealerweise fließen hier bereits die ersten Ergebnisse der Bürgerbefragung ein.

Darüber hinaus können erste themenbezogene Arbeitsgruppen gebildet und Schwerpunkte festgelegt werden.

5. Wie geht es weiter?

- Das Arbeitsgremium (kommunale Federführung) erarbeitet eine Feinanalyse der Sicherheitslage



- Erhebung der objektiven Daten (polizeiliche und kommunale Daten)
- Erhebung der subjektiven Sicherheitslage (erste Sicherheitskonferenz, Beschwerdemanagement, kommunale Erkenntnisse, Bürgerbefragung)
- Darstellung aller Präventionsmaßnahmen, die bereits vor Ort umgesetzt werden
- Gemeinsame Begehung von Örtlichkeiten, die durch die Erhebungen als unsichere Orte benannt wurden

6. Was ist die Konsequenz der Feinanalyse?

- Erarbeitung konkreter und passgenauer Maßnahmen durch das Arbeitsgremium auf Grundlage der Ergebnisse dieser Feinanalyse
- Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge zu den einzelnen identifizierten Sicherheitsbedarfen
- Vorschläge zur gemeinsamen Durchführung (Kommune, Polizei, weitere Sicherheitspartner, z.B. in den Bereichen Jugend, Senioren, Sichere Kommune, Extremismus, Verkehrssicherheit)
- Zusammenfassung in einem Sicherheitskonzept mit Meilensteinen (kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen)

7. Wie werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe in Maßnahmen umgesetzt?

- Durchführung einer 2. Kommunalen Sicherheitskonferenz, in der die bisherigen Ergebnisse, der aktuelle Sachstand und die nächsten Schritte vorgestellt werden
- Abstimmung passgenauer Maßnahmen
- Gemeinsame Umsetzung der zuvor abgestimmten Maßnahmen



III. Verleihung des Sicherheitssiegels

Die kommunalen KOMPASS-Ansprechpartnerinnen und -partner und die polizeilichen KOMPASS-Beraterinnen und -berater schlagen auf der Grundlage des Umsetzungsstandes des Sicherheitskonzeptes die Verleihung des Sicherheitssiegels vor.

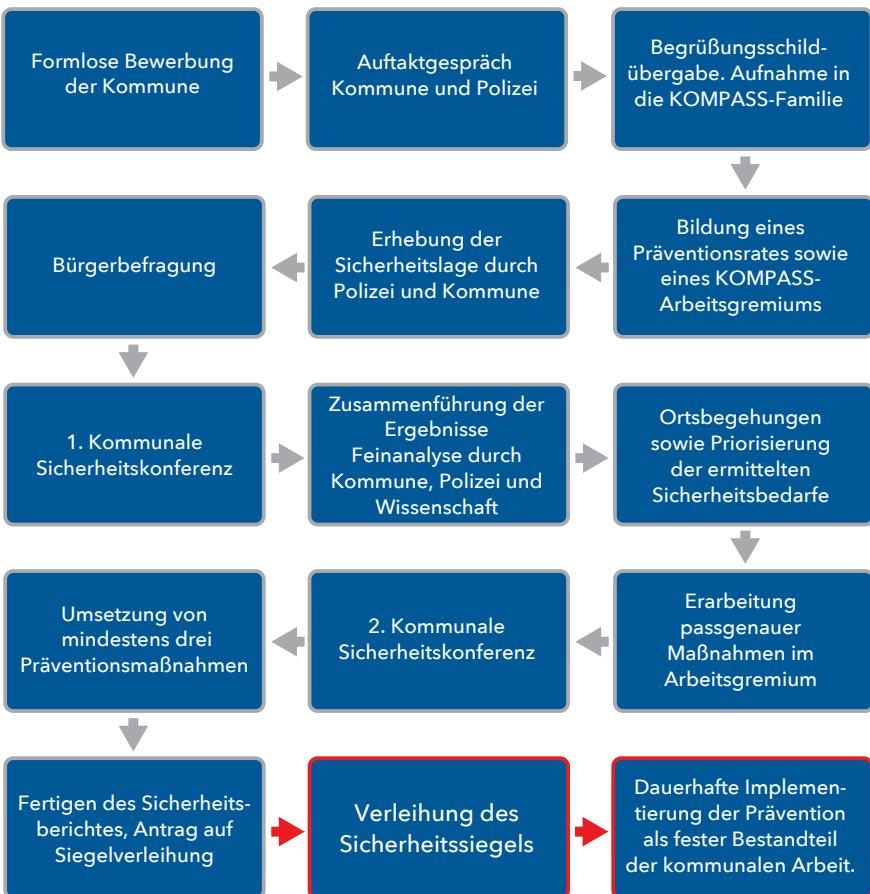
Dabei sollten die folgenden Mindestvoraussetzungen erfüllt sein, die eine Verleihung des Sicherheitssiegels rechtfertigen:

- Funktionierender und aktiver Präventionsrat (§ 1 Abs. 6 HSOG) oder die aktive Beteiligung am Präventionsrat auf Kreisebene
- Mindestens drei neue Maßnahmen oder Projekte wurden erfolgreich umgesetzt. Diese wurden zuvor in der Feinanalyse erarbeitet und beziehen sich auf die gemeinschaftlich identifizierten Sicherheitsbedarfe vor Ort
- Vorlage eines Berichts der kommunalen KOMPASS-Ansprechpartnerin oder des Ansprechpartners in Abstimmung mit der polizeilichen KOMPASS-Beraterin oder dem Berater an die zuständige Fachstelle im Hessischen Landeskriminalem zwecks Prüfung des Antrages auf Siegelverleihung
- Prüfung und Entscheidung des Innenministeriums über die Siegelverleihung

In den Folgejahren werden die Meilensteine durch das Arbeitsgremium oder den Präventionsrat weiter geprüft.

Ziel ist eine dauerhafte Implementierung der Prävention als fester Bestandteil der kommunalen Arbeit.

Prozessstruktur einer KOMPASS-Kommune



IV. KOMPASSpartner



Für kleinere Kommunen (in der Regel bis 10.000 Einwohner), die zunächst einmal ihre Sicherheitsbedarfe ausloten möchten, besteht die Möglichkeit zunächst KOMPASSpartner zu werden. Dies bietet die Möglichkeit, sich zunächst ein umfassendes Bild über mögliche Bedarfe und Lösungsmöglichkeiten vor Ort zu machen. Wird der Mehrwert an einer Teilnahme des Programms von den Verantwortungsträgern vor Ort festgestellt, kann die Kommune über eine Erklärung des Magistrats / Gemeindevorstands über die Teilnahme und aktiven Mitwirkung an KOMPASS teilnehmen.“

Was bedeutet das?

Um zunächst als KOMPASSpartner an der Initiative teilzunehmen benennt die Kommune eine feste Ansprechpartnerin oder einen festen Ansprechpartner.

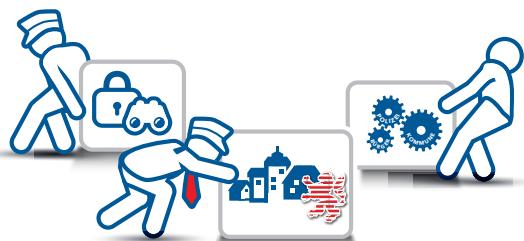
Gemeinsam mit dem polizeilichen KOMPASS-Berater oder der -Beraterin wird nun eine Bürgerbefragung vorbereitet, die einen ersten Aufschluss auf die Sicherheitsbedarfe geben soll.

Nach der Auswertung erfolgt eine gemeinsame Ortsbesichtigung mit Polizei und kommunalen Verantwortlichen. Darauf folgen die Analyse sowie die Erarbeitung und Umsetzung mindestens einer passgenauen Präventionsmaßnahme.

Die Aufnahme in eine KOMPASS-Kommune, an deren Ende die Verleihung des Sicherheitssiegels steht, ist natürlich jederzeit möglich.

Zusammenfassung / Übersicht:

- Benennung eines kommunalen Ansprechpartners
- Bürgerbefragung
- Begrüßung mit Begrüßungsschild
- Umsetzung einer Präventionsmaßnahme



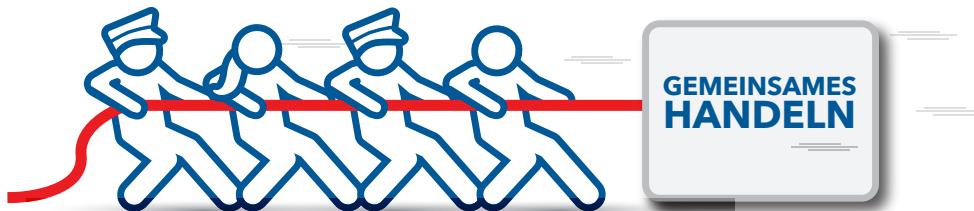
V. KOMPASSregion

Kommunen, die gerne an KOMPASS teilnehmen möchten, dies aber aus unterschiedlichsten Gründen nicht können (z.B. aufgrund der ländlichen Strukturen, fehlender personeller Ressourcen, Größe der Verwaltung, etc.) haben die Möglichkeit, sich zu einer gemeinsamen KOMPASSregion zusammenzuschließen. Benachbarte Kommunen können damit im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit gemeinsam Sicherheitsbedarfe erheben und sich dadurch Personal und/oder Arbeitsabläufe teilen. Gleichzeitig profitieren sie in vollem Umfang von der Sicherheitsinitiative, inklusive der Verleihung des Sicherheitssiegels für jede teilnehmende Kommune.

Voraussetzung ist neben der Erklärung des Magistrats / Gemeindevorstands über die Teilnahme, die verbindliche Vereinbarung zur Zusammenarbeit der teilnehmenden Kommunen.

Zusammenfassung / Übersicht:

- Mindestens zwei, maximal fünf Kommunen
- Möglichst in regionaler Nähe
- Gleicher Ablauf und gleiche Prozessstruktur wie die KOMPASS-Kommune



VI. Angebote der Polizei (Auswahl)



Freiwilliger Polizeidienst

Bereits im Jahr 2000 wurde der Freiwillige Polizeidienst in Hessen eingeführt. Derzeit beteiligen sich rund 280 aktive Polizeihelfer in 96 Kommunen an diesem Erfolgsmodell. Unter dem Leitgedanken „Präsenz zeigen - beobachten - melden“ ist der Freiwillige Polizeidienst - neben den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten - ein wesentlicher Baustein zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Als Nachbarn in Uniform sind die Freiwilligen Polizeihelferinnen und -helfer zusätzliche kompetente Ansprechpartner für die vielfältigen Belange und Bedürfnisse der Bürger. Zudem entlasten sie die Polizei, die sich mehr und brennpunktorientierter auf die Verhütung und Verfolgung von Straftaten konzentrieren kann. Damit erhöhen sie die uniformierte Präsenz von Sicherheitskräften in der Öffentlichkeit. Den Helfern stehen zu ihrer Aufgabenerfüllung eine Reihe von Befugnissen zu, die von Identitätsfeststellungen bis hin zum Erteilen von Platzverweisen reichen. Ob eine Kommune den Freiwilligen Polizeidienst einführt oder bereits geschaffene Stellen nachbesetzt, entscheidet die jeweilige Kommune. Das Land Hessen steht dabei mit Rat und Tat an ihrer Seite. Auch eine Förderung aus dem Programm Interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) ist möglich.

Schutzmänner und Schutzfrauen vor Ort (SvO)

Die „Schutzmänner und Schutzfrauen vor Ort“ sind im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS ein wichtiger Baustein für mehr Sicherheit in Hessens Städten und Gemeinden. Über 140 Schutzfrauen und -männer vor Ort sind bereits in hessischen Städten und Gemeinden unterwegs. Das Programm hat sich hessenweit bewährt und trägt entscheidend dazu bei, Sorgen der Bevölkerung oder Probleme in der Nachbarschaft frühzeitig zu erkennen und schnell Abhilfe zu schaffen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die enge Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in der Gemeinde.

Eine wahrnehmbare und vor allem bürgernahe Präsenz der Polizei wirkt sich positiv auf das Sicherheitsempfinden aus. Sie hilft, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten frühzeitig zu erkennen und zu verhindern. Der Schutzmänner/die Schutzfrau vor Ort steht in erster Linie für die Kontaktpflege im Quartier zur Verfügung und ist damit ein fester Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Treffpunkte von Kindern und Jugendlichen, Wohnheime für Seniorinnen und Senioren, die örtlichen Vereine, Einrichtungen und Ämter zählen ebenfalls zu seinen Anlaufpunkten. Darüber hinaus fungiert der Schutzmänner/die Schutzfrau vor Ort oftmals als Ansprechpartner/-in bzw. Koordinator/-in für den Freiwilligen Polizeidienst.

Es ist beabsichtigt, die Anzahl der „Schutzmänner/Schutzfrauen vor Ort“ auch in den kommenden Jahren bei der hessischen Polizei zu erhöhen.

Videoschutzanlagen

Der Ausbau der Videoschutzanlagen auf öffentlichen und belebten Plätzen und Wegen ist ein weiterer wichtiger Baustein kommunaler Sicherheitsarchitektur. In Hessen waren im Jahr 2024 in 21 Kommunen insgesamt 43 Videoschutzbereiche mit 363 Kameras von Polizei- bzw. Gefahrenabwehrbehörden zum Schutz öffentlicher Straßen und Plätze gem. § 14 Abs. 3 HSOG in Betrieb. An den videogeschützten Ört-

lichkeiten werden jährlich über 2.100 Straftaten registriert, bei denen die Aufzeichnungen für die Ermittlungen oder gar zur Klärung der Straftaten beitragen können.

Studien belegen, dass die Bevölkerung Videoschutzanlagen mehrheitlich positiv bewertet. Kommunen, die Videokameras an öffentlichen Plätzen und Brennpunkten installieren, stärken zudem die Sicherheitspartnerschaft zwischen Kommunen und Polizei. Auch KOMPASS setzt gezielt auf Videoschutz als einen Baustein kommunaler Sicherheitsarchitektur. Das Land Hessen fördert den Ausbau von Videoschutzanlagen. Bis zu zwei Dritteln der Anschaffungs-





kosten einer Kommune werden dabei durch das Land übernommen.

Seniorenprävention: Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren (SfS)

Im März 2016 wurden in Hessen flächendeckend sogenannte Sicherheitsberater für Seniorinnen und Senioren, kurz „SfS“, eingeführt, die dazu beitragen sollen, das Sicherheitsgefühl lebensälterer Menschen zu Hause und im öffentlichen Raum zu stärken.

Die ehrenamtlichen SfS werden für das Vermitteln von gezielten Verhaltensempfehlungen geschult, um im Peergroup-Ansatz

- Seniorinnen und Senioren vor Kriminalität zu schützen,
- ihre Lebensqualität durch eine Verbesserung des Sicherheitsgefühls zu erhöhen,
- Seniorinnen und Senioren eine größtmögliche Verkehrssicherheit bei Aufrechterhaltung individueller Mobilität zu ermöglichen,
- Hilfe zur Selbsthilfe und Hilfe anderen gegenüber zu aktivieren sowie
- im Bedarfsfall den schnellen Kontakt mit den zuständigen Stellen der Ver-

waltung oder der Polizei herzustellen.

Die Sicherheitsberaterinnen und -berater

- informieren über verschiedene Erscheinungsformen von Kriminalität zum Nachteil älterer Menschen,
- informieren über aktive und passive Teilnahme am öffentlichen Straßenverkehr,
- unterstützen ihre Initiativen durch anlassbezogene Öffentlichkeitsarbeit,
- geben Tipps zum sicheren Verhalten im Internet und
- unterstützen bedarfsweise bei Präventionsveranstaltungen für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren.

Informationen und Beratungen erfolgen dabei in unterschiedlichen Formen, z.B. anlässlich von Seniorennachmittagen, im Freundes- oder Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft, in Vereinen, in Selbsthilfegruppen oder im Rahmen von Infoständen bei Präventionsveranstaltungen.

Städtebauliche Kriminalprävention

Städte und Gemeinden stehen aktuell vor beträchtlichen Herausforderungen. Urbanisierung und gleichzeitig Entvölkerung,

Klimawandel und -anpassung, Verkehrswende und alternative Mobilitätskonzepte sowie digitaler Wandel, aber auch die Angst vor Fahrzeugattacken im öffentlichen Raum sind nur einige Gesichtspunkte, die derzeit bei städtischen Entwicklungen zu bewältigen sind und demzufolge weitreichende Auswirkungen auf den Lebensraum Stadt haben werden.

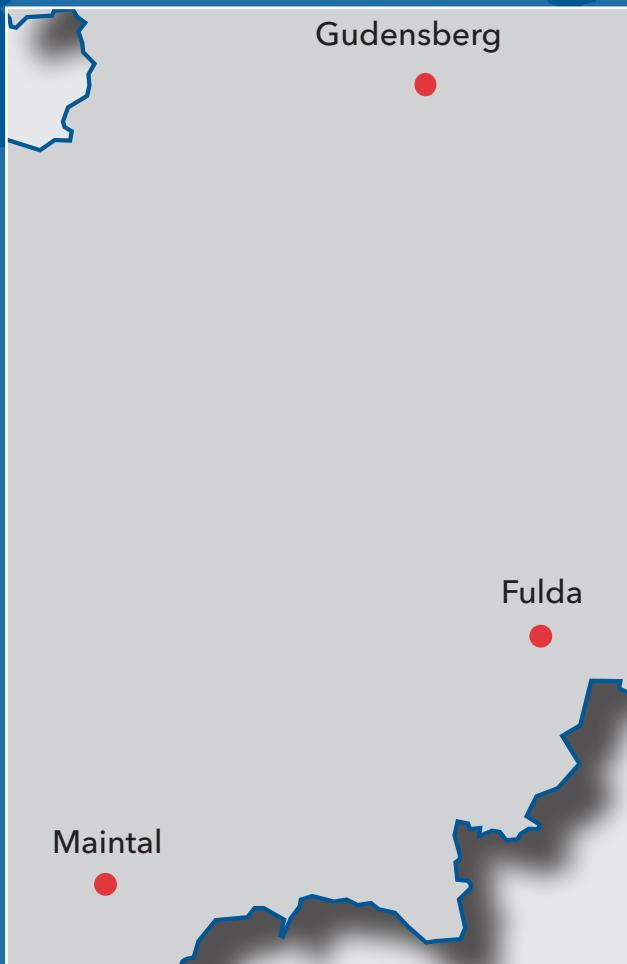
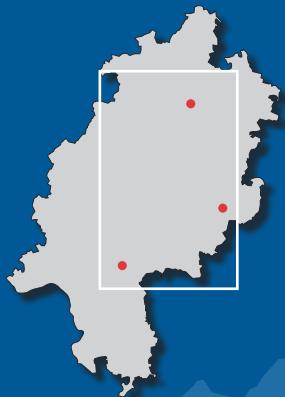
Das Thema „Sicherheit“ wird in diesem städtischen Wandel in der Stadtentwicklung stetig präsenter und unterschiedliche Stadtplanungsprozesse für Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention dabei immer wichtiger. Aktuelle Umgestaltungen, Anpassungen und Transformationen in der Stadtentwicklung bieten daher eine große Chance, kriminalpräventive Empfehlungen rechtzeitig und in unterschiedlichen Phasen der Stadtplanung integrieren zu können. Denn es ist wissenschaftlich

belegt, dass durch entsprechende bauliche (Umfeld-) Gestaltung Tatgelegenheiten reduziert und somit Kriminalität eingeschränkt werden kann. Belebung städtischer Räume, die Vermeidung von Angsträumen und gemischt genutzte Quartiere sowie Orientierung und Barrierefreiheit, Beleuchtung und Sauberkeit, aber auch Bürgerbeteiligung und Identifikation spielen hierbei eine wesentliche Rolle. Aus diesem Grund sollten Aspekte der städtebaulichen Kriminalprävention folgerichtig an verschiedenen Planungsschnittstellen berücksichtigt und stärker interdisziplinär betrachtet werden. Qualifizierte Fachberaterinnen und Fachberater für städtebauliche Kriminalprävention des Hessischen Landeskriminalamts sowie der Polizeipräsidien bieten Kommunen und Planungsingenieuren spezifische Beratungen an.

VII. Best-Practice-Beispiele aus den Modellkommunen



Auf den folgenden Seiten sind Best-Practice-Beispiele aus ausgewählten Kommunen dargestellt



Maintal liegt zwischen Frankfurt am Main und Hanau im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet. Mit knapp 40.000 Einwohnern ist sie die zweitgrößte Stadt im Main-Kinzig-Kreis und gliedert sich in die Stadtteile Dörnigheim, Bischofsheim, Hochstadt und Wachenbuchen. Seit 2015 ist die Stadt intensiv bemüht, die Präventionsaktivitäten in der Stadt gemeinsam mit der Polizei weiter voranzutreiben.

Durch den Beitritt zum KOMPASS Programm im Dezember 2017 als eine der ersten von vier Modellkommunen und mit Ernennung eines Präventionsbeauftragten in der Stadt wurden beste Voraussetzungen geschaffen, um in der Sicherheitsinitiative eng vernetzt zusammen zu arbeiten und individuelle Lösungen für Probleme vor Ort zu entwickeln. Es sollten Maßnahmen

gefunden werden, die eine weitere Zunahme wie Straftaten von „Vandalismus“ und illegalem Graffiti (Beschädigungen und Schmierereien an öffentlichen Toiletten, Bushaltestellen, Stromkästen, Hinweisschildern und Verkehrszeichen, Straßenlaternen, Abfalleimern) im Ortsteil Wachenbuchen u.a. im Bereich der Friedhöfe und an den Bahnhöfen sowie im Bereich des Schulzentrums in Bischofsheim verhindern und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter verbessern.

In einem Auftaktgespräch im Januar 2018 mit den Verantwortlichen der Kommune unter Federführung der Bürgermeisterin Monika Böttcher und Beteiligung des Präventionsrates sowie dem KOMPASS-Beratungsteam des Polizeipräsidiums Südosthessen wurden weitere Schritte festgelegt.





„ Mit KOMPASS hat das Netzwerk wichtige Impulse erhalten: Alle Akteurinnen und Akteure stehen im kontinuierlichen Informationsaustausch mit dem Ziel, Handlungsfelder zu identifizieren, Lösungen zu finden und zeitnah umzusetzen. Die kooperative Zusammenarbeit zwischen Ordnungspolizei und Polizei konnten wir weiter intensivieren. Insgesamt eine sehr positive Entwicklung, an der wir weiterarbeiten werden.



MONIKA BÖTTCHER

Maintal

(Main-Kinzig-Kreis)

Bürgermeisterin:

Frau Monika Böttcher

Einwohnerzahl:

39.693 (30. September 2022)



Kriminalitätsbelastung

Nach einem durch vermehrte Online-Betrügereien verursachten Fallzahlenanstieg in den Jahren 2018 und 2019 hat sich die Kriminalitätsbelastung im Jahr 2020 auf insgesamt 1.593 Fälle reduziert. Dies bedeutet ein Rückgang gegenüber 2017 um 148 Fälle oder 8,5%. Die Aufklärungsquote stieg im Jahr 2020 auf 63%.

KOMPASS in Maintal

Nach einer Bevölkerungsbefragung mit rund 700 Maintaler Bürgerinnen und Bürger im Februar 2018 wurden in einem ersten gemeinsamen Sicherheitsgespräch unter Beteiligung von Herrn Staatsminister

Peter Beuth im April 2018 die Ergebnisse durch die Justus-Liebig-Universität (JLU) in Gießen vorgestellt. Am Tag fühlen sich die Bürgerinnen und Bürger sicherer als nachts. Vereinzelt wurden Angsträume an den Bahnhöfen Ost und West und rund um das Schulzentrum Bischofsheim aufgeführt, die in einer Arbeitsgruppe analysiert wurden. Im Rahmen von KOMPASS sollten passgenaue Lösungen gefunden werden. „KOMPASS hat die Akteurinnen und Akteure in unserer Stadt dafür sensibilisiert, dass Sicherheit eine Aufgabe ist, die nur gemeinschaftlich zu lösen ist“, so die Bürgermeisterin Böttcher.





Maßnahmen

Es folgten Ortsbegehungen am sogenannten „Flugzeugspielplatz“ in Bischofsheim und an den Bahnhöfen West und Ost. In einer zweiten Sicherheitskonferenz und einer anschließenden Arbeitsgruppensitzung mit allen Beteiligten wurde ein Maßnahmenkatalog zur Vermeidung von Angsträumen erarbeitet. Schlecht ausgeleuchtete und wenig einsehbare Ecken und Nischen sollten durch das Aufstellen von Laternen erhellt und durch Baum- und Buschrückschnitt einsehbarer gemacht werden. Rund um das Schulzentrum wurde ein Ordnungspolizist als Kontaktbeamter eingesetzt. Er bildet das Bindeglied zwischen den Institutionen Polizei, Schulen, Stadtteilzentrum, Kinder- und Jugendeinrichtungen und Stadtverwaltung.

Illegale Graffiti im Bereich der Bahnunterführungen West und Ost wurden auf eigene Kosten entfernt. Die Verhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn zur Instandhaltung der Bahnhöfe sind aufgenommen. Bahnunterführungen wurden mit neuen Lampen ausgestattet und so Rad- und Fußwege neu beleuchtet. Die Ordnungspolizei wurde aufgestockt und eine Präventivstreife ins Leben gerufen, die auch die Feldgemarkungen am Wochenende bestreift.

Darüber hinaus fanden weitere gemeinsame Präventionsaktivitäten mit der Polizei statt.

Dazu gehörte auch das Begegnungsfest am 16. August 2019 unter dem Motto „Gemeinsam leben im Quartier“. Bürgermeisterin Monika Böttcher, der Präventionsbeauftragte der Stadt, der Verein „Die Welle“, die Jugend- und Familienhilfe, das Team des Kinder- und Jugendhauses, der Kontaktbeamte und die Polizei (Polizeistation Maintal und KOMPASS-Team) suchten das Gespräch mit den Anwohnerinnen und Anwohnern im Stadtteil Bischofsheim zu dem Thema „Sicher fühlen - gemeinsam leben im Quartier“. Eingeladen waren Schülerinnen und Schüler, Schulleitungen, Lehrkräfte und Mitarbeiter aus dem Kinder- und Jugendhaus zu einem Begegnungsfest rund um das Schulzentrum. Das Begegnungsfest und der Dialog mit jungen und älteren Menschen, Schülerinnen und Schülern sowie Anwohnern war ein Ergebnis aus dem „Arbeitskreis rund um das Schulzentrum“ und ein voller Erfolg.

Kurz darauf startete am 05. September 2019 die repräsentative Bürgerbefragung unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Professur für Kriminologie der JLU Gießen unter Leitung von Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg.

Rund 3.800 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren bekamen die Möglichkeit, sich an der Bürgerbefragung zu beteiligen. Der Rücklauf von 23,05% der Befragten, d.h. 876 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigte das große Interesse der Bürgerschaft an dem Thema Sicherheit.

Das Ergebnis der Sicherheitsbefragung und die wesentlichen Problembereiche (Unordnungszustände, Aspekte der Verkehrssicherheit und jugendspezifische Aufälligkeiten) wurden in einer Präventionsratssitzung durch die JLU vorgestellt und erörtert.

Es folgten weitere Gesprächsrunden und Arbeitskreise, um sich mit den Ergebnissen der Bürgerbefragung intensiver auseinanderzusetzen.

Die Präventionsarbeit wurde durch die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger z.B. bei den Aktionstagen „Maintal hält zusammen - Eine Stadt trifft sich im Netz“ oder „Maintal räumt auf - mach mit“ begleitet.

Bei der Neuanlage einer P+R Anlage am Bahnhof Maintal-Ost im Herbst 2020 wurde besonderer Wert auf die Herstellung einer modernen Lichtanlage gelegt. Bei der gleichen Bauanlage wurde ein Verbindungs- weg zum Bahnhof außer Betrieb genommen und das über Jahre ungepflegte Gestrüpp entfernt. So konnte ein Angst-

punkt beseitigt werden und ein neuer konnte nicht entstehen.

Die Begehung des Mainufers mit seinen Freizeiteinrichtungen im Rahmen einer Präventionsratssitzung im Dezember 2020 führte den Naherholungswert nachdrücklich vor Augen und verdeutlichte die Notwendigkeit der zeitnahen Beseitigung von Unordnungszuständen. Hierzu hatte die Stadt Maintal eine kreative Lösung in Form eines „Müllmobil“ parat, um das Gelände umweltfreundlich zu „bestreifen“. Dieses Müllmobil soll für das Stadtgebiet eine Vorbildfunktion haben. Daher sind für die anderen Stadtteile nach Abschluss der Pilotphase weitere Beschaffungen geplant.

Gudensberg



Im Schwalm-Eder-Kreis liegt die Stadt Gudensberg mit 9.979 Einwohnern, eine Kleinstadt am äußersten Südostzipfel des Naturparks Habichtswald etwa 20 km südlich von Kassel entfernt. Gudensberg ist sowohl Wohn- als auch Gewerbestandort. Neben der Kernstadt sind die Dörfer Deute, Dissen, Dorla, Gleichen, Maden und Obervorschütz Stadtteile von Gudensberg. Die zuständige Polizeidienststelle befindet sich elf Kilometer entfernt in Fritzlar.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum und auch das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wurden von den Verantwortlichen der Stadtverwaltung als von großer Bedeutung und teilweise als verbessergewürdig erkannt. Die Schwerpunkte wurden in den Bereichen Verkehrssicherheit, Fußgängerzone, Alter Markt, illegale Abfallsorgung, sowie Stadtpark und Märchenbühne gesehen. Ein weiteres wichtiges Thema stellt die Integration von ausländischen Mitbürgern dar.

Kriminalitätsbelastung

Gudensberg ist aus polizeilicher Sicht kein Kriminalitätsbrennpunkt. Laut polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) liegt die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten seit 2015 stets zwischen 200 und 230 Straftaten im Jahr.

KOMPASS in Gudensberg

Die Stadt Gudensberg wurde im Oktober 2018 im Kommunalprogramm begrüßt, unmittelbar im Anschluss fand das Auftaktgespräch gemäß der KOMPASS-Prozessstruktur statt. In diesem Kontext konnte auch der bereits bestehende Präventionsrat erfolgreich reaktiviert werden.

Im März 2019 wurde die erste KOMPASS-Sicherheitskonferenz durchgeführt.

Bereits mit Aufnahme im Kommunalprogramm brachte die Stadt in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Nordhessen kommunale und polizeiliche Präventionsmaßnahmen auf den Weg.

So wurde in Gudensberg das opferzentrierte Präventionsprogramm „Gewalt-Sehen-Helfen“ (GSH) etabliert. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger ermutigt, Verantwortung zu übernehmen ohne sich in Gefahr zu bringen und positiv auf das Miteinander im Gemeinwesen einzuwirken.

Als weitere Präventionsmaßnahme hat die Stadt Gudensberg in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Kommunen Fritzlar und Bad Wildungen den Freiwilligen Polizeidienst (FPoD) eingeführt. Durch sichtbare Präsenz, vorbeugende Gespräche und durch Beobachten und Melden von Wahrnehmungen mit Bezug zur öffent-





Gudensberg

(Schwalm-Eder-Kreis)

Bürgermeisterin:

Frau Sina Best

Einwohnerzahl:

9.979 (30. September 2022)

lichen Sicherheit und Ordnung soll die Sicherheitslage in der Kommune verbessert und gestärkt werden.

Ebenfalls im Rahmen vom KOMPASS wurde in Gudensberg durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Justus-Liebig-Universität Gießen eine Bürgerbefragung durchgeführt. Hier konnten aufschlussreiche Erkenntnisse über das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger gewonnen werden und es konnte ein Abgleich der subjektiven Eindrücke mit der statistisch belegbaren, objektiven Sicherheitslage erfolgen.

Durch eine detaillierte Analyse der erhobenen Daten konnten dann im Arbeitsgremium passgenaue Präventionsmaßnahmen für die Kommune erarbeitet, empfohlen und die gemeinsame Umsetzung begonnen werden.

Auf der Plattform YouTube finden Sie unter dem Suchbegriff „Sicherheit in Gudensberg“ dazu weiterführende Informationen und die Ergebnisse der Bürgerbefragung.

Maßnahmen

- ✓ 1. KOMPASS-Sicherheitskonferenz
- ✓ 2. KOMPASS-Sicherheitskonferenz
- ✓ Freiwilliger Polizeidienst
- ✓ Gewalt Sehen Helfen (GSH)
- ✓ Repräsentative Bürgerbefragung
- ✓ Start einer Reihe von Informationsveranstaltungen mit verschiedenen Themen der Kriminal- und Verkehrsprävention in Kooperation mit ortsansässigen Vereinen
- ✓ Schutzmann vor Ort (SvO)
- ✓ Schaffung und Besetzung einer Stelle für aufsuchende (Jugend-) Sozialarbeit

Ausblick

- Umgestaltung des innerstädtischen Bereiches rund um das Rathaus (Platznutzung und Verkehrsberuhigung)
- Maßnahmen zur besseren Beleuchtung und Einsehbarkeit von „Angstorten“
- Veranstaltungsreihe „Miteinander in Gudensberg“ zur nachhaltigen Förderung von Integration und kommunalem Zusammenhalt.
- Umgestaltung der Ortsdurchfahrtsstraße im Rahmen eines umfassenden Stadtentwicklungskonzepts (ab 2022).

Die Kreisstadt Fulda mit rund 69.000 Einwohnern liegt an dem gleichnamigen Fluss und ist eine Hochschul- sowie Bischofsstadt mit Bischofssitz des gleichnamigen Bistums. Das Wahrzeichen der Stadt ist der Dom, auf dessen Vorplatz regelmäßig Großveranstaltungen stattfinden. Die Barockstadt gilt als Fastnachtshochburg in Hessen. Beim jährlichen Rosenmontagszug sind deutlich über 200 Zugnummern und zwischen 50.000 bis 70.000 Zuschauer anzutreffen.

Fulda ist eine Stadt, die sich durch ihre Lage in der Mitte Deutschlands und der Verkehrsanbindung in den letzten Jahren enorm entwickelt hat. Neben den Anschlüssen zu den Bundesautobahnen A7 und A66 ist in diesem Kontext auch die ICE-Anbindung des Bahnhofes Fulda zu erwähnen. Für den Raum Osthessen ist Fulda die größte und zentrale Kommune mit entsprechender Infrastruktur. Fulda verfügt unter anderem über zwei Krankenhäuser und einem sehr breiten Angebot an Kaufhäusern und Geschäften. Darüber hinaus ist hier eine Hochschule mit über 8.000 Studierenden ansässig.

Die zahlreichen, mitunter auch großen Veranstaltungen, die mittlerweile über das ganze Jahr in Fulda durchgeführt werden, ziehen auch Besucher weit über die Region hinaus an. In 2019 fanden hier mehrere größere Veranstaltungen im Rahmen des Stadtjubiläums (unter anderem der Hessi-

sche Familientag) statt. Der für das Jahr 2021 geplante Hessentag musste pandemiebedingt abgesagt, bzw. verschoben werden. Im Jahr 2023 wird in Fulda die Landesgartenschau ausgetragen.

Neben der Kernstadt mit 24 Stadtteilen gehören noch weitere elf (statistische) Bezirke zu Fulda.

Kriminalitätsbelastung

Die Anzahl der Straftaten in Fulda beliefen sich 2020 auf 6.183 Fälle (2019: 9.119 Fälle), wobei sich hier kein spezielles Kriminalitätsphänomen herauskristallisierte. Die Aufklärungsquote liegt bei 75,7% (2019: 70,7%).

Einzig die Störungen im öffentlichen Raum u.a. auf dem Bahnhofsvorplatz gerieten in der Vergangenheit in den Fokus, woraufhin Videoschutzanlagen installiert, Alkoholverbotszonen eingerichtet sowie gezielte und gemeinsame Konzeptionsstreifen von Stadt und Polizei initiiert wurden.

KOMPASS in Fulda

Am 1. Oktober 2000 ging die Stadt Fulda als Teilnehmer im Pilotprojekt „Freiwilliger Polizeidienst“ an den Start und setzt seither Helferinnen und Helfer ein, seit Dezember 2018 im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im Verbund mit den Gemeinden Petersberg, Künzell, Eichenzell und Neuhof.



Fulda

(Landkreis Fulda)

Oberbürgermeister:

Herr Dr. Heiko Wingenfeld

Einwohnerzahl:

69.502 (30. September 2022)



Die seit Jahren bestehende präventive Grenienarbeit wurde im Jahr 2016 in einem Kriminalpräventionsrat neu aufgestellt. Im Stadtschloss und damit in zentraler Lage ist eine Stadtwache mit einem Schutzmänn vor Ort eingerichtet.

Am 26. Juni 2019 fand in der Stadtwache des Stadtschlosses Fulda die feierliche Übergabe des KOMPASS-Begrüßungsschildes statt. Im Anschluss wurde die erste Sicherheitskonferenz geplant. Diese fand am 22. Januar 2020 statt. An dieser nahmen neben Verantwortlichen der Stadt Fulda und dem Polizeipräsidium Osthessen insbesondere Personen anderer Institutionen teil, wie beispielsweise die Leitungsebene des Staatlichen Schulamtes Fulda, Vertreter des örtlichen Einzelhandels, Personen der kommunalpolitischen Ebene sowie Medienveterreter.

Thematisiert wurden die Ziele von KOMPASS, die bestehenden Präventionsmaßnahmen und die anstehende Bürgerbefragung durch die Justus-Liebig-Universität (JLU).

Bürgerbefragung durch die Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen

Im ersten Quartal 2020 fand die Bürgerbefragung der JLU statt. Insgesamt konnten 3.820 Personen an der Bürgerbefragung teilnehmen. Die Rücklaufquote lag bei 19,63%, was insgesamt 736 Teilnehmerinnen und Teilnehmern entspricht.

Der Auswertebericht der JLU liegt seit dem 3. Quartal 2020 sowohl der Stadt Fulda als auch dem Polizeipräsidium Osthessen vor und ist Grundlage der derzeitigen Anpassungen, Beratungen und Planungen.



**Das komplette Angebot der
polizeilichen Prävention findet sich
auf www.polizei.hessen.de.**

Weitere Informationen zu KOMPASS,
wie z. B. Fördermöglichkeiten oder
„Best-Practice-Beispiele“ aus
verschiedenen Kommunen erhalten
Sie auf www.kompass.hessen.de.



Kontakt

In den Präsidien stehen Ihnen die Leiterinnen und Leiter der Sachrate Prävention sowie die KOMPASS-Beraterinnen und -Berater für Fragen zur Verfügung.

PP Südosthessen

Tel.: 069/8098-2400/-2412/-2413

Mail: kompass.ppsoh@polizei.hessen.de

PP Westhessen

Tel.: 0611/345-1600/-1628/-1629

Mail: kompass.pppwh@polizei.hessen.de

PP Nordhessen

Tel.: 0561/910-1030/-1034/-1035

Mail: Kompass.pppnh@polizei.hessen.de

PP Mittelhessen

Tel.: 0641/7006-2940/-2944/-2945/-2949

Mail: kompass.pppmh@polizei.hessen.de

PP Osthessen

Tel.: 0661/105-2040/-2043/-2049

Mail: kompass.pppoh@polizei.hessen.de

PP Frankfurt am Main

Tel.: 069/755-34000/-34410/-34411

Mail: kompass.pppfm@polizei.hessen.de

PP Südhessen

Tel.: 06151/969-40400/-40401/-40441/-40443

Mail: kompass.pppsh@polizei.hessen.de

HLKA – Zentralstelle urbane Sicherheit

Tel.: 0611/83-14200/-14207/-14208/-14209

Mail: OE602-KOMPASS.hlka@polizei.hessen.de

Landespolizeipräsidium

Tel.: 0611/353-2801/-2133/-1331

Mail: kompass@innen.hessen.de



